

Rechtsterrorismus in Rheinland-Pfalz – Landesregierung setzt auf Intransparenz

In Rheinland-Pfalz gab es mittlerweile drei Zugriffe der Sicherheitsbehörden gegen mutmaßlich rechtsterroristische Strukturen. Im Januar fand eine Hausdurchsuchung im Zuge des Verbots von „Combat 18“ in der Region Trier statt, im Februar wurde bei der Zerschlagung der „Gruppe S.“ ein Mitglied in der Region Koblenz festgenommen. Im März erfolgte in der Region Koblenz ein weiterer Zugriff gegen den Verein „Geeinte deutsche Völker und Stämme“.

Das Spektrum der Extremen Rechten ist schwer zu überschauen. Es gibt zahlreiche Zusammenschlüsse, die sich teils sehr schnell radikalieren, teils über lange Zeiträume hinweg Strukturen aufbauen.

Bereits Anfang März, also noch vor dem Verbot des Vereins „Geeinte deutsche Völker und Stämme“, fragte die Bundestagsabgeordnete der LINKEN nach den Kenntnissen des Innenministeriums des Landes Rheinland-Pfalz über rechtsterroristische Netzwerke und Verbindungen der Extremen Rechten im Land.

Die Antwort des Ministeriums fällt indes spärlich aus. Der Innenminister begrüßt das Verbot von „Combat 18“ durch das Bundesinnenministerium. Jedoch ist erkennbar, dass das Ministerium des Landes möglichst auf eine Information der Öffentlichkeit verzichten möchte. Zur Begründung dienen laufende Ermittlungen. Dabei klaffen die Einschätzungen der Strukturen durch die Bundesregierung (https://www.katrinwerner.de/fileadmin/Gemeinsamer_Ordner/user/upload/SF94_95.pdf) und der Landesregierung bzw. des Verfassungsschutz des Landes weit auseinander. Der Minister kritisiert denn auch, dass die Antworten der Bundesregierung nicht mit der Landesregierung abgestimmt waren.

Katrin Werner, Bundestagsabgeordnete der LINKEN aus Rheinland-Pfalz:

„Die Landesregierung erweckt den Eindruck, die Bevölkerung am liebsten völlig im Unklaren zu lassen. Dadurch wird die Arbeit der Sicherheitsbehörden intransparent und für mögliche Opfer rechter Gewalt wird die Gefahrenlage unabschätzbar. Das kann nicht sein! DIE LINKE fordert Aufklärung über rechtsterroristische Strukturen im Land und über die Arbeit der Sicherheitsbehörden.“

„Sicherheitsbehörden, die ohne öffentliche Kontrolle arbeiten, haben sich bereits als Sicherheitsrisiko erwiesen. Man denke nur an das Totalversagen verschiedener Verfassungsschutzämter im Fall der faschistischen Mörderbande vom NSU. Es kann nicht sein, dass die Gesellschaft im Nachhinein um jede Information kämpfen muss, um Aufklärung über Morde zu erhalten. Das ist undemokratisch.“

„DIE LINKE tritt für mehr Transparenz ein. Eine sachliche Risikoeinschätzung muss für die Menschen möglich sein, die durch Rechtsterrorismus besonders bedroht sind. Die Informationspolitik der Landesregierung und des Verfassungsschutz des Landes laufen dem zuwider. Darüber hinaus müssen Hilfs- und Beratungsangebote wie die Mobile Opferberatung gestärkt werden. Dafür muss die Landesregierung Geld in die Hand nehmen. Zivilgesellschaftliches Engagement gegen Rechts, Präventionsarbeit, Recherche und politische Bildung müssen gefördert werden. DIE LINKE fordert die Bundesregierung auf, die Projektmittel für „Demokratie leben!“ aufzustocken.“